

99 111 1862
TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

/XVII/213

Bonn, den 29. Mai 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

- 1 Gestaltende Kraft 36
SPD zwingt der Regierung Gesetz des Handelns auf
- 2a Einconierende Leistungen 38
Feste Organisation und solide Finanzen
Herbert Wehner und Alfred Nau zogen Bilanz
- 3 Wiedergutmachungsabkommen trug gute Früchte 64
Israel und die Bundesrepublik
Interview mit der internationalen Sekretarin der KAPAI
- 4 - 5 "Nippgen sieht und meistert alles" 60
Organisations-Strategie hinter den Kulissen des Parteitag
Von Lothar Schwartz
- 6 "Ich bleibe in Berlin!" 42
Typisches Schicksal - der Leidensweg einer jungen Frau
- 7 Kotwendige Lektüre 48
Zum Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

* *
* *

8 Der Auslandsbericht:

- Akzentverschiebung auf dem Balkan 43
Folgen der Chruschtschow-Bulgarienreise
Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Chefredakteur Günter Markscheffel

Gestaltende Kraft

SPD zwingt der Regierung Gesetz des Handelns auf

G.M. - Es ist bezeichnend für den Kölner Parteitag der SPD und damit für die Politik dieser Partei, dass die Probleme der Gestaltung des Lebens in der Bundesrepublik einen so hervorragenden Platz einnehmen. Gewiss, auch die Aussenpolitik hat den ihr gebührenden Rang in den Erörterungen und wird selbstverständlich an hervorragender Stelle der Parteitagsentschlüssungen stehen.

Dass die Innenpolitik, die Prüfung der Frage, wie unsere Wirtschaft, das soziale und kulturelle Leben besser gestaltet werden können, im Vordergrund bleibt, ist kein Zufall. Schon in ihrem Grundsatzzprogramm von Bad Godesberg und später auf dem Parteitag von Hannover hat die Sozialdemokratie ihren Willen bekundet, Motor bei der Erfüllung des Grundgesetzes zu sein, in dem es heisst: "Die Bundesrepublik Deutschland ist ein sozialer Rechtsstaat". Als dann im April 1961 das sozialdemokratische Regierungsprogramm verkündet wurde, zeigte sich diese programmatische Zielsetzung noch deutlicher. Damit hat die deutsche Sozialdemokratie - für das ganze Volk vernehmbar - der Innenpolitik in der Bundesrepublik auch als zur Zeit noch in der Opposition stehende Partei das Gesetz des Handelns vorgeschrieben.

Die staatspolitische Bedeutung dieses Vorganges kann von niemandem ignoriert werden. Im Rückblick auf die unzulänglichen Versuche der noch amtierenden Bundesregierung, mit den gesellschaftspolitischen und ökonomischen Problemen der Gegenwart fertigzuwerden, zeigt sich die Notwendigkeit des Drängens nach besseren Lösungen und nach der Zusammenführung aller konstruktiven Kräfte bei der Überwindung von Schwierigkeiten. Die Rolle der Opposition ist dadurch über das Kritisieren hinausgewachsen. Die Opposition entwickelt mit eigenen Vorstellungen das neue Bild einer modernen Gesellschaft und zwingt die gegenwärtige, in alten Vorstellungen verhaftete Regierung zu eigenen Anstrengungen.

Bald nach dem 17. September 1961, dem Tage, an dem die seit mehr als einem Jahrzehnt allein herrschende Regierungspartei ihre absolute Mehrheit verlor, wurde sie von der parlamentarischen Opposition gezwungen, in bestimmten Fragen mit wechselnden Mehrheiten zu rechnen. Diese neue Situation findet selbstverständlich auch in der Gestaltung sozialdemokratischer Politik ihren Ausdruck.

Die Diskussionen in den Arbeitsgemeinschaften des Kölner Parteitages sind ein beredtes Zeugnis dafür.

+ + +

Imponierende Leistungen

Feste Organisation und solide Finanzen

Herbert Wehner und Alfred Nau zogen Bilanz

G.M. - Herbert Wehner, stellvertretender SPD-Vorsitzender, und Schatzmeister Alfred Nau haben mit ihren ausführlichen Darstellungen der imponierenden organisatorischen und finanziellen Leistungen der Sozialdemokratie die Bedeutung einer festgefügt und als Mitgliederversammlung wirkenden politischen Gemeinschaft im demokratischen Staat gekennzeichnet.

Diese Leistungen sind ein Politikum ersten Ranges. Sie haben die deutsche Sozialdemokratie befähigt, ihre volle Unabhängigkeit zu bewahren und sie haben andere Parteien gezwungen, der SPD nachzueifern. Organisation und finanzielle Unabhängigkeit der SPD wurden dadurch eine Antriebskraft für die hoffentlich bald sichtbar werdende Demokratisierung auch anderer Parteien.

Hier manifestiert sich - auch im eigenen Haus dargestellt, - erneut die Über die Grenzen der SPD hinauswirkende Gestaltungskraft auf das Ganze.

Für die Delegierten des Parteitagess könnte das alles eine Selbstverständlichkeit sein; ist doch das Dargestellte auch ihr eigenes Werk. Trotzdem: In der Öffentlichkeit ausgesprochen und im Vergleich zu den Anstrengungen anderer Parteien in der Bundesrepublik gesehen, sind die von Nau und Wehner genannten Zahlen im finanziellen und organisatorischen Bereich die Bestätigung und der Dank für eine Unsumme von persönlichen Opfern vieler, vieler Sozialdemokraten und ihrer Freunde

Diese Zahlen, so nüchtern sie gelegentlich klingen mögen, sprechen von jahrelangen, oft sogar von jahrzehntelangen freiwillig übernommenen Mühen.

Als Summe im weitesten Sinne des Wortes gesehen, erfüllen die Zahlen jeden Sozialdemokraten mit Stolz, dem sich der Dank für die "Dirigenten", aber auch der Dank für die unzähligen, oft unbekanntenen Helfer von selbst anschließt.

Von dieser Grundlage aus kann und wird das begonnene "Grosse Gespräch" der deutschen Sozialdemokratie mit dem ganzen deutschen Volk fortgeführt werden. Es ist jenes "Grosse Gespräch", das Wehner die Gegenposition gegen das Von-Oben-Herab vieler Bonner Amtsinhaber und als Gegenposition der lebendigen Demokratie gegen jenen Formaldemokratismus bezeichnete, der im Staatsbürger nur Stimmvieh sieht.

Wiedergutmachungsabkommen trug gute Früchte

Israel und die Bundesrepublik

Interview des SPD-Pressedienstes mit Frau Esther Herlitz, Internationale Sekretärin der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Israels "MAPAI".

Wirkungsvolle Wiedergutmachung

Frage: Vor etwa zehn Jahren wurde der Vertrag über die Wiedergutmachung an Israel in Luxemburg unterzeichnet. Der Vertrag läuft 1965 aus. Welche Erfahrungen hat Ihre Regierung hierbei gemacht?

Antwort: Diese Gelder waren und sind bestimmt zur Unterstützung der Wirtschaft Israels, das Hunderttausenden überlebenden Opfern des Dritten Reiches nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die Möglichkeit zum Aufbau einer neuen Existenz gab. Diese Zahlungen haben dazu beigetragen, neben der schon existierenden Landwirtschaft eine eigene Industrie aufzubauen und die vorhandenen Naturschätze auszubeuten. Im Zusammenhang mit unseren eigenen planvollen Anstrengungen wirkte die Wiedergutmachung als Antrieb zur Intensivierung unserer Wirtschaft.

Hohes Ansehen in den Entwicklungsländern

Frage: Viele Vertreter aus den Entwicklungsländern sind des Lobes voll über die Hilfe, die sie vom Staate Israel und seiner Sozialdemokratischen Regierung erhalten. Dies ist umso erstaunlicher, als ja Ihr Land selbst noch in der Entwicklung begriffen ist und seine Energien auf die Ausbildung und Einordnung seiner neuen Bürger richten muss. Was hat Ihre Regierung und die israelische Arbeiterbewegung veranlasst, trotz eigener Schwierigkeiten sich so stark in der Entwicklungshilfe zu engagieren und wo liegen die Schwerpunkte?

Antwort: Wir mussten unser Land unter schwierigsten Bedingungen aufbauen und haben es mit der Hilfe vieler Freunde in der ganzen Welt tun können. Wir wissen, was es bedeutet, in Notzeiten Freunde zu haben. Wir wissen, was es heisst, unterdrückt zu werden und wir haben daher viel Verständnis für die Probleme der jungen Staaten. Es fiel nicht schwer, das Gefühl der Solidarität mit diesen jungen Staaten in unserem Volk zu wecken. Die Tatsache, dass unser Staat ein Entwicklungsland ist und unsere Menschen zum Teil aus unentwickelten Ländern kommen, übt eine grosse Anziehungskraft auf diese Entwicklungsländer aus, weil sie in Israel mit ihren eigenen Augen alle Stadien der Entwicklung sehen können. Ausserdem beweist ihnen Israel, dass man ein Land nach den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus aufbauen kann, dass man planen kann, ohne die Freiheit des Einzelnen und die Würde des Menschen anzutasten. Fast alle unsere Botschafter in den jungen Staaten kommen, wie unser Ministerpräsident Ben Gurion und unser Parlamentspräsident Kadisch Luz, aus der Kibbutz-Bewegung. Dies bleibt nicht ohne tiefen Eindruck auf die Vertreter der Entwicklungsländer, die eine neue Gesellschaft in ihren Ländern aufbauen wollen.

Frage: Sind viele Israelis in der Entwicklungshilfe tätig und in welchen Gebieten?

Antwort: Gegenwärtig sind fast 1000 Fachleute im Ausland; eine noch grössere Zahl beschäftigt sich in Israel selbst mit der praktischen Ausbildung von Männern und Frauen aus den Entwicklungsländern. Das Hauptgebiet der Entwicklungshilfe, die wir leisten, ist die genossenschaftliche Landwirtschaft und genossenschaftliche Kleinindustrie, die Ausbildung von Gewerkschaftsführern sowie die Heranbildung einer Schicht von Menschen, die sich für die Führung von Gemeinwesen eignen.

Diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik?

Frage: Seit einigen Jahren ist die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Aber zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen ist es bisher noch nicht gekommen. Von Bonner offiziöser Seite wurde die Nichtaufnahme diplomatischer Kontakte mit dem Hinweis auf die Empfindlichkeit arabischer Staaten motiviert und auf die Gefahr hingewiesen, dass diese in einem solchen Falle die "DDR" anerkennen würden. Was halten Sie davon?

Antwort: Die Initiative zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel müsste von der deutschen Regierung kommen. Wir würden von der deutschen Regierung erwarten, dass sie es als ihre moralische Pflicht ansieht, ihre Beziehungen zu den arabischen Staaten auch dazu auszunutzen, um die Spannungen im Nahen Osten abzubauen und damit Voraussetzungen zu schaffen, den Frieden in diesem Teil der Welt herzustellen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wäre die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel von gewisser Bedeutung. Ein Zurückweichen vor arabischen Forderungen dient nicht dem Frieden. Die Haltung wie die von Erzbischof Makarios aus Zypern und die vieler afrikanischer Staaten, die gute Beziehungen zu Israel wie auch zu den arabischen Staaten unterhalten, beweist, dass dieser Weg gangbar ist. Wir sind sehr stolz auf unsere internationalen Beziehungen; unser Volk hat es nicht nötig, um eine Anerkennung bei anderen Ländern nachzusuchen.

Gute Beziehungen MAPAI - SPD

Frage: Sie haben als Gast am SPD-Parteitag teilgenommen. Ist Ihre Teilnahme als Beweis dafür zu werten, dass die MAPAI und die deutsche Sozialdemokratie engere Kontakte unterhalten?

Antwort: Wir haben gute Beziehungen mit der SPD direkt und auch durch die Sozialistische Internationale. Zum Teil stammen diese Kontakte noch aus der Zeit vor 1933 und wir schätzen die Hilfe sehr, die die SPD und ihre Bundestagsfraktion uns während der Verhandlungen über den Wiedergutmachungsvertrag geleistet hat.

Interview Albert Exler

"Nippgen sieht und meistert alles"

Organisations-Strategie hinter den Kulissen des Parteitag
Von Lothar Schwarz

Das Märchen von den Kölner Heinzelmännchen hat eine neue Auflage erfahren. Seine Fassung 1962 spielt unter dem fast druckreifen Krimi-Titel "Nippgen sieht und meistert alles!" vor und hinter den Kulissen des Parteitags in der Kongresshalle am Rhein.

Unserem Titelhelden und Organisationschef dieser Großveranstaltung merkt man seine 60 Jahre bestenfalls an den grauen Haaren an, die er sich jedoch auch bei der strategischen Vorbereitung und Durchführung von bisher drei sozialdemokratischen Parteitagen geholt haben könnte. Ob sie sich bei gewissen Gelegenheiten streuben, war in seinem Hauptquartier "Tagungsbüro" nicht zuverlässig zu erfahren.

Daß es auch bei gründlichster Vorbereitung und Planung einer solchen Tagung mit einigen hundert ständigen Teilnehmern Anlässe dazu durchaus gibt, deuteten Hermann Nippgens "Generalstäbler" mit vielsagendem Lächeln und amüsierten Blicktausch an. Mehrtägiger Einsatz als "Mädchen und Fräulein für alles" führt offenbar schnell zur praktischen Solidarität und vorsichtiger Zurückhaltung gegenüber neugierigen Fragestellern.

Sieht gelegentlich "um die Ecke"

Da im Tagungsbüro wirklich Generalstabsarbeit geleistet wird, die allerdings häufig vor Aufgaben einer Dedeketei oder eines Verkehrsamtes zurücktreten, darf man wohl ruhig einmal im militärischen Bild bleiben: Nippgens "Stabsoffiziere" - Parteisekretäre und Organisationstalente aus Passion - fühlen sich inzwischen je nach Zuständigkeitsbereich als "Möbeltransporteure en gros", "I a" in einem überbeschäftigten Planungsbüro oder Empfangschef eines großen Geschäfts. Sie alle sind in Organisationsfragen keine Anfänger mehr. Ihre gemeinsame Anerkennung für Hermann Nippgen, dessen Auge von der Empfangshalle bis zum dritten Geschoß immer und überall wacht und gelegentlich sogar "um die Ecke" sieht, kommt also von leidgeprüften Fachleuten: Obwohl es manchmal nicht mehr so aussehen mag, Nippgen behält die Nerven und Übersicht. Mit dem 140 Seiten starken und engbeschriebenen, fast legen-

düren Merkbuch in der Rechten und eine bewährte Mitarbeiterin zur linken Hand ist er einfach nicht zu schlagen! Ein Lageplan der angebrachten Steckdosen könnte dann über den gesuchten Elektroanschluß nicht zuverlässiger Auskunft geben.

Hermann - der fliegende Stratege

Der "fliegende Stratege" ist auch nicht in Verlegenheit zu bringen, wenn z.B. am späteren Abend nach dem eindrucksvollen Deutschlandtreffen 40 Mann aus Essen und 45 Jungsozialisten aus Dortmund ihren Omnibus als "vermißt" melden und um Hilfe bitten. Dagegen sind es allerdings noch kleine Fische, wenn es Blumen für die "Geburtstagskinder" des Parteitages und anschließend natürlich auch noch die dazu passende Vase zu beschaffen gilt. Es schleicht sich nicht einmal Verzweiflung in seinen Blick, wenn er einen Oberbürgermeister aus der stattlichen Zahl der Gastdelegierten herausfischen lassen soll, damit ein "Gelegenheitskunde" seines Tagungsbüros eine "dringende Wohnungsangelegenheit" mit ihm besprechen kann.

Kalte Füße stören ihn nicht

Er läßt sich auch keineswegs durch Klagen über rauchige Konferenzräume oder kalte Füße aus seinem Konzept und von der Hauptaufgabe seines Stabes abbringen: Mit rund 60 Ordnern und Mitarbeitern für einen störungsfreien Ablauf des Parteitages und seiner zahlreichen Einzelveranstaltungen zu sorgen, sowie den Delegierten schon am frühen Morgen die Sitzungsprotokolle und Anträge des Vortages vollständig an ihre Plätze zu zaubern.

Bei den häufigen und vielgestaltigen "Spezialaufträgen", Anfragen und Sonderwünschen nach dem Motto "Nippgen to the front" wirklich ein modernes Märchen oder zumindest ein Wunder der Strategie und Improvisation!

"Pernsehauge" und "Kochhelfer" Nippgen mit seinen unermüdeten Mitarbeitern macht dieses Märchen in zahlreichen Überstunden möglich.

+ + +

"Ich bleibe in Berlin!"

Typisches Schicksal - der Leidensweg einer jungen Frau

L. Sch. - "Noch viel mehr Ausländer und eigentlich alle Deutschen müssten einmal selbst vor der Schandmauer in Berlin stehen. Ihr optischer Eindruck sagt mehr über das hinter ihr herrschende Regime aus, als es alle Berichte über Schicksale und Ereignisse in der Zone vermögen!" Diese Feststellung traf die 33 jährige Eva Fischer, die als Gast der SPD aus West-Berlin zum Kölner Parteitag gekommen ist. Sie hat selbst einen Leidensweg im Schatten der deutschen Teilung hinter sich, der sie über elf Jahre lang durch Zuchthäuser und Kassetts Ulbrichts geführt hat, ehe sie am 4. Januar dieses Jahres nach West-Berlin abgeschoben wurde.

Mit 17 Jahren war sie in ihrer Heimatstadt an der Spree von einem sowjetischen Kriegsgericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie hatte es nicht fertiggebracht, vor einen auf den anderen Tag aus der Rolle einer "Jungmädelführerin" des NS-Staates in die Tarnkappe der "Antifa"-Jugendorganisation zu schlüpfen. Siebeneinhalb Jahre verbrachte sie dafür hinter Kerkermauern und Stacheldraht. Im KZ Sachsenhausen, das die SED seiner alten NS-Zweckbestimmung wieder zugeführt hatte, beeindruckten sie die ersten Begegnungen mit Sozialdemokraten und ihren auch hinter dem Stacheldraht ungebrochenen politischen Bekenntnis.

Als Eva Fischer nach siebeneinhalb Jahren 1954 aufgrund der damaligen Amnestie in der Zone entlassen wurde, wechselte sie in den freien Teil Berlins über und schloß sich den Gesinnungsfreunden ihrer sozialdemokratischen Leidensgenossen von Sachsenhausen an, die hier an der Gestaltung eines besseren Deutschland arbeiteten. Sie besuchte auch die Parteischule in Bergneustadt. Am 8. März 1958 griffen die KKKer der SED erneut zu, als Eva bei ihrer in Ost-Berlin wohnenden Schwester ein Paket für die kranke Mutter abgeben wollte. Wegen Besuchs einer "westlichen Agentenschule" und "Verrats" wurde sie erneut zu einer Gesamtstrafe von drei Jahren und 10 Monaten Zuchthaus verurteilt, die sie bis auf den letzten Tag verbüßen mußte.

Dieses Schicksal der jungen Berlinerin, die auf dem Karussell der jüngeren deutschen Geschichte einen der schlechtesten Plätze erwischt hatte, ist ein mahnendes Spiegelbild der Situation an Spree und Havel, zwischen Elbe und Oder. Ihr Weg zur Sozialdemokratie und zum Parteitag in Köln ist aber zugleich ein Beweis für Vertrauen und Hoffnung, die mit Eva Fischer zahllose junge Menschen einer vielfach enttäuschten und oft mißhandelten Generation in diese moderne politische Kraft setzen. Eva Fischers Zuversicht auf eine Wiedervereinigung und in die Solidarität der freien Welt für Berlin, kommt in ihren Bedauern über sicher wohlgemeinte Ratschläge zum Ausdruck, sie sollte das Risiko einer dritten Leidenszeit in Ulbrichts großen KZ durch die Übersiedlung in die Bundesrepublik ausschalten. "Solche Anregungen tun weh!", sagt sie leise. "Ich bleibe in Berlin!"

Notwendige Lektüre

Wer - Wer aus beruflichen Gründen die Tagungen grosser Verbände, Parteien oder sonstiger Gemeinschaften besucht, bekommt zunächst, ehe er überhaupt eine Rede hört, eine Menge bedruckten Papiers in die Hand. Das gehört zum modernen Stil unserer Zeit. Keine Partei, keine Organisation, die in der Öffentlichkeit wirkt, kann darauf verzichten. Eine unheimliche Arbeit steckt oft in diesem bedruckten Papier, und wer sich die Mühe nimmt, es sich gründlich zu lesen - wozu ja vor allem Politiker und Journalisten verpflichtet sind, kann sich viele zeitraubende Umwege zur Orientierung an der Quelle ersparen.

Delegierte, Gäste, Rundfunk- und Zeitungsleute erhalten bei Beginn des Parteitagess der SPD in Köln ein umfangreiches Schriftmaterial. Ein detaillierter Bericht über die Hochbegabtenförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Haushaltsjahr 1961 vermittelt einen eindrucksvollen Blick in die Tätigkeit dieser Stiftung, die, dem Andenken des unvergesslichen ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik gewidmet, sich in verhältnismässig kurzer Zeit internationalen Ruf erworben hat. Sie steht mit weltberühmten Stiftungen wie etwa der Rockefeller-Stiftung in Verbindung, fördert durch Stipendien Begabungen, hält internationale Seminare ab und studiert die besonderen Probleme der Entwicklungshilfe. Unter ihrem Schutz und ihrer Pflege standen Stipendiaten aus Südkorea, Indien, Nigeria und Griechenland; sie haben Stellungen in Ministerien, als Universitäts-Dozenten und an verantwortlichen Stellen in der Wirtschaft übernommen. Dies und noch vieles mehr kann der Lesende aus dieser Schrift erfahren.

Wie steht es mit der Übersicht über die Tätigkeit, das Wirken und den Vorstellungen der Sozialdemokratie? Darüber gibt das Jahrbuch der SPD erschöpfende Auskunft. Gewiss, es ist kein literarisches Meisterwerk, und es erhebt auch keinen Anspruch, eins zu sein. Hier gelten andere Massstäbe. Wer sich einen Überblick verschaffen will über das, was die deutsche Sozialdemokratie will, woran sie sich orientiert, und wie sie in der harten Praxis der Tagespolitik versucht, ihren Zielsetzungen praktischen Niederschlag zu geben, kann auf die Lektüre dieses Jahresberichtes - er umfasst die Periode von 1959 bis 1961 - nicht verzichten.

Welche Initiative hat die sozialdemokratische Bundestagsfraktion im Bundestag entfaltet? Der Jahresbericht gibt darauf umfassende Antwort. Wann folgten in wichtigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen eindeutige Erklärungen verantwortlicher SPD-Instanzen? Im Jahresbericht sind sie festgehalten. Wie steht es um die politische Bildung und das Staatsbewusstsein, welche Aussichten hat die deutsche Landwirtschaft im Europäischen Markt, wie ist es um die rechtliche und soziale Stellung der Beamtinnen gestellt, wie um die gerechte Verteilung des Wohlstandes, um die Kontrolle wirtschaftlicher Macht, wie um die Missbrauchssicherung einer Notstandsgesetzgebung? - Der Jahresbericht enthält dazu die wohl erwogene Meinung der Sozialdemokratie.

Für den politisch Interessierten, der sich orientieren, sein politisches Bewusstsein schärfen will, ist die Lektüre dieses Jahresberichtes unentbehrlich. Sie gibt ihm einen Einblick in die Aktivität einer Partei, die ihre höchste Aufgabe darin sieht, unserem Volk in gefährvoller Zeit die Voraussetzungen für ein Überleben in Freiheit und Demokratie zu schaffen.

Akzentverschiebung auf dem Balkan

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Das Moskauer Glückwunschtelegramm anlässlich des 70. Geburtstages des jugoslawischen Staatspräsidenten Tito brauchte nicht sonderlich wichtig genommen zu werden, gingen ihm nicht einige bemerkenswertere Anzeichen für eine Akzentverschiebung im Verhältnis des Ostblocks zu Jugoslawien voraus. Daß beim Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko in Belgrad auf die normal-guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern hingewiesen worden ist, mag dabei gleichfalls nicht außerordentlich stark ins Gewicht fallen. Daß sich jedoch der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow in einem dritten Lande, und noch dazu Bulgarien, betont für eine weitere allgemeine Verbesserung der Beziehungen zu Belgrad öffentlich einsetzte, verdient erhöhte Aufmerksamkeit.

Nicht zuletzt deswegen, weil unter den bulgarischen Kommunisten die Abneigung gegen Belgrad zumindest seit dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform und dem Tode Georgi Dimitroffs besonders ausgeprägt gewesen ist. Dies mag einerseits historisch-nationale, andererseits jedoch recht aktuelle Gründe haben: die Furcht vor einer allzu starken Führungsposition Belgrads auf dem Balkan. Solche Befürchtungen mußten durch die vor 1948 aktuelle Erörterung einer jugoslawisch-bulgarischen Balkankonföderation nur noch neuen Auftrieb erhalten, als Belgrad eine föderative Vereinigung im Verhältnis 6 : 1 (Serbien, Kroatien, Slowenien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Montenegro - Bulgarien) vorschlug. Sofia wollte sich dagegen verständlicherweise nur auf eine gleichberechtigte Konföderation Jugoslawien - Bulgarien einlassen.

All dies sowie die zweite, bereits unter Chruschtschow geführte anti-jugoslawische Kampagne sind in Bulgarien keineswegs vergessen. Um so bedeutender, daß Chruschtschow gerade in diesem Lande nicht nur die Notwendigkeit verbesserter bulgarisch-jugoslawischer Beziehungen unterstrich, sondern Belgrad darüber hinaus bescheinigte, es baue den Kommunismus. Daß er in diesem Zusammenhang China in einem Atemzuge mit Jugoslawien nannte und Albanien vergaß, ist eine wohl nicht zufällige historische Ironie. Zweifellos soll damit den zu verbessernden zwischenstaatlichen Beziehungen eine stärkere ideologische Grundlage gegeben werden.

Der bulgarische Parteichef Todor Schiwkoff hat den ihm zugeworfenen Ball behende aufgefangen. Seine Versicherungen wiederholen sich seitdem, Sofia werde alles in seiner Macht stehende tun, um sein Verhältnis zu Belgrad noch weiter zu verbessern. Welche konkreten Formen diese Bemühungen annehmen werden, bleibt vorläufig noch abzuwarten. Aber die soeben von der jugoslawischen Skupschtina beschlossene Entsendung einer zwölfköpfigen Parlamentarierdelegation nach Moskau, geführt vom Skupschtina-Vorsitzenden Stambolic, zeigt, daß auch der jugoslawisch-bulgarische Spielraum noch sehr weit ist. Bulgarische Nachholmanöver werden sicherlich bald folgen.

+ + +